

Gefährliche Ruhe auf Sansibar

Sansibar hat eine höchst umstrittene neue Regierung. Die Lage auf dem Archipel scheint auf den ersten Blick ruhig und die Spannungen, die es nach der Annullierung der Wahlen im Oktober 2015 gab, sind augenscheinlich verschwunden. Ein Eindruck, der sich bei genauerer Analyse als falsch herausstellt, denn die derzeitige Situation kann in der Zukunft zu sehr großen Problemen führen.

Die augenscheinliche Ruhe ist das Ergebnis eines faktischen Demonstrationsverbots und von Repressionen der Regierung. Sichtbarstes Zeichen dafür ist die weiterhin sehr hohe Präsenz von Polizeikräften und des Militärs. Weniger sichtbar ist die durch ein sehr dichtes Netz an Informanten zwangsläufig entstandene Angst der Menschen. Die Bevölkerung auf den Inseln ist sich dieser offenen und versteckten Repression bewusst und verhält sich dementsprechend zurückhaltend und vorsichtig. Offene Kritik wird nicht geäußert und die Vertreter der aus Protest über das Zustandekommen nicht bei den Neuwahlen angetretenen Oppositionspartei CUF verhalten sich – nach dem Verlust sämtlicher Ämter in Regierung und Verwaltung – sehr bedeckt. CUF hat besonnen auf die Annullierung der Wahlen reagiert und die eigenen Anhänger nicht zu Demonstrationen oder gewaltsamen Protesten aufgerufen. Das hätte zu einer Eskalation der Lage geführt, die dann – genau wie nach den Wahlen im Jahr 2000 und 2005 – zu Gewalt geführt hätte. Dennoch ist der Zorn der Parteiführung, ihrer Mitglieder und Anhänger auf die Regierungspartei CCM groß, denn die ersten Ergebnisse der Wahlen vom 25. Oktober deuteten einen klaren Sieg für CUF an. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Parteiführung öffentlich von einer „Diktatur“ auf Sansibar spricht, die nicht lange halten wird.

Die CCM-Regierung hat bei den Neuwahlen am 20. März alle Sitze im Parlament „gewonnen“ und die Präsidentschaftswahlen konnte ihr Kandidat, Ali Mohammed Shein, mit 91 Prozent für sich entscheiden. Seither hat sie keinen ernsthaften Versuch unternommen, die verfahrenepolitische Situation zu entspannen. Gesprächsangebote an die Opposition hat es nicht gegeben und öffentliche Versammlungen oder Proteste sind faktisch verboten. Gleichzeitig setzt die Regierung der Opposition so weit zu, dass z.B. der Generalsekretär von CUF, Maalim Seif, zu einer mehrstündigen Befragung durch die Sicherheitskräfte vorgeladen wurde, in der er seine in Interviews und bei Veranstaltungen geäußerte Kritik an den Vorgängen auf Sansibar rechtfertigen musste.

Auch in den Medien – ob auf dem Festland oder den Inseln – gibt es kaum Berichte zu der aktuellen Lage auf dem Archipel. Ein Beispiel dafür ist, dass selbst über die von November 2015 bis Ende Mai 2016 grassierende Cholera so gut wie überhaupt nicht berichtet wurde. Offizielle Zahlen des Gesundheitsministeriums gehen von etwas mehr als 70 Toten aus, wohingegen inoffiziell von mindestens 250 Toten gesprochen wird. Auch über andere – vordergründig unpolitische – Themen wie die wirtschaftliche Lage, wird in den Medien nicht berichtet.

Durch diese mit unterschiedlichen Mitteln erzwungene Ruhe, erscheint Sansibar als das, was die Regierung gerne haben möchte: Eine heile Urlaubswelt. Diese trügerische Ruhe verdeckt den Blick darauf, dass es seit der Annullierung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 25. Oktober 2015 keinerlei Möglichkeit für die Anhänger der Opposition und für

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

DANIEL EL-NOSHOKATY

Juni 2016

www.kas.de/tansania

Kritiker der Regierungspartei gibt, ihren Unmut öffentlich kund zu tun. Politische Opposition wird nicht zugelassen, was die Frustration vieler Menschen weiter ansteigen lässt.

Kritik kann auch nicht in den faktisch gleichgeschalteten Medien geäußert werden und selbst die Kommunikation über das Internet wird derzeit so stark kontrolliert, dass es bereits Festnahmen von Personen gegeben hat, die sich in den sozialen Medien kritisch gegenüber der Regierung geäußert haben. Diese wurden dann mit Verweis auf Verletzungen der Bestimmungen des im letzten Jahr verabschiedeten „Cyber Crime Acts“ zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt.

Auch die islamischen Würdenträger der zu über 95 Prozent muslimisch geprägten Inseln bieten keine Anlaufstelle für die Sorgen der Menschen und fungieren nicht als neutrale Mittlerinstanz, da sie ebenfalls von der Regierung stark kontrolliert werden und von ihnen selbst daher keine Kritik zu erwarten ist. Diese Einflussnahme geht so weit, dass es selbst im „Joint Committee“, in dem alle Religionen vertreten sind, zu Spannungen gekommen ist, nachdem die muslimischen Vertreter nach den Neuwahlen ein gemeinsames Glückwunschsreiben an die Regierung verfassen wollten.

Zuletzt sieht es auch nicht so aus, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung den Menschen wenigstens eine positive ökonomische Perspektive geben könnte. Sansibar bleibt zu einem großen Teil abhängig von den Einnahmen aus dem Tourismus. Durch die Insellage verstärkt sich der derzeitige negative wirtschaftliche Ausblick, der für das ganze Land gilt. Dazu kommt noch, dass die internationalen Geber zwar weiterhin Projekte auf Sansibar unterstützen, diese im Moment aber sehr zurückhaltend sind, wenn es um Vereinbarungen für neue Maßnahmen oder Abkommen mit der Regierung geht. Diese durchaus berechtigte Skepsis verstärkt den negativen Ausblick für Sansibar weiter.

Zusammengenommen führen all diese Faktoren mehr und mehr dazu, dass sich aus der trügerischen Ruhe in der Zukunft ein immer größeres Problem entwickeln wird. Ohne die Möglichkeit der Kritik innerhalb des politischen Systems, ohne die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in den Medien und sozialen Netzwerken und ohne eine wirtschaftliche Perspektive wird die Lage zusehends schwerer einzuschätzen sein. Das Fehlen einer unabhängigen Instanz, die als Mittler zwischen dem Frust von großen Teilen der Bevölkerung und der starrsinnig agierenden Regierung fungieren könnte, wird dieses negative Potential weiter verstärken. Die sich daraus ergebende Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher bietet den gefährlichen Nährboden, auf dem extremistisches Gedankengut entstehen kann. Viele der dafür notwendigen Indikatoren sind in der momentanen Situation auf Sansibar gegeben.

Eine Einschätzung, wie sich die Situation auf dem Archipel mittel- und langfristig entwickeln wird, fällt unter den gegebenen Umständen sehr schwer. Vom im Oktober gewählten Präsidenten des ganzen Landes – John Magufuli – ist bisher auch kein Signal gekommen, als Vermittler auftreten zu wollen. Er hat zwar die beteiligten Vertreter von CCM und CUF getroffen, diese Gespräche endeten aber Ergebnislos. Gleichzeitig wird er nicht müde zu erwähnen, dass er die Autonomie der Inseln respektiert und sich deshalb nicht in die dortigen Angelegenheiten einmischen will. Als Präsident des ganzen Landes – inklusive Sansibar – wäre das aber seine Aufgabe. Schlussendlich liegt es an der CCM-Regierung, ihren Kurs der offenen und versteckten Unterdrückung sämtlicher Kritik zu ändern und einen Dialogprozess zu beginnen. Sollte das nicht geschehen, dann wird die derzeitige Ruhe über kurz oder lang zu sichtbaren Ausbrüchen der vorhandenen Frustration führen.